



Jahrgang 34 | September 2017 | Nr. 45

WEINGARTEN
(BADEN)

SPD

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

ich möchte Ihr Abgeordneter im Deutschen Bundestag 2017 werden.

Bevor ich die Entscheidung getroffen habe mich für dieses Amt zu bewerben, sind dieser viele Gespräche vorausgegangen mit Menschen aus meinem Umfeld. Die Entscheidung ist schließlich keine, die ich spontan aus einer Laune heraus treffe, sondern eine Entscheidung, die gut überlegt sein wollte. Nicht zuletzt die Unterstützung durch die Jusos sowie meines Ortsvereins und Stadtverbandes haben mich dann zu der Entscheidung bewogen, dass ich antreten will, um Ihr Abgeordneter zu werden.

Unser Land steht an einem Scheideweg: Wollen wir mehr Solidarität in unserer Gesellschaft oder wollen wir eine Gesellschaft, in der sich jeder selbst der Nächste ist? Wollen wir einen starken Sozialstaat, der für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit sorgt, oder wollen wir einen schwachen Staat, in welchem Ungleichheit und Kriminalität zunimmt und Millionen von Menschen keine Aufstiegschancen haben? Wollen wir wieder Werte, Anstand und Rücksichtnahme in den Vordergrund stellen oder wollen wir mit ansehen, wie Hass und Angst unser freies Leben bedrohen? Ich möchte nicht länger nur zusehen, wie die politische Mitte sich immer weiter nach rechts orientiert und die Interessen der gesellschaftlichen Mitte im Land vernachlässigt wird. Ich möchte gerne mitgestalten.

Für mich ist es besonders wichtig, sozialdemokratische Politik an Hand von Fakten

zu gestalten und nicht an Hand von Gefühlen. Denn nur allzu oft stimmen Gefühl und Fakt eben nicht miteinander überein. Erfolgreich kann sozialdemokratische Politik jedoch nur dann sein, wenn sie nicht von Emotionen geleitet wird, sondern die Fehler im Bestehenden sucht und korrigiert.

Durch meine Arbeit bei der Deutschen Rentenversicherung steht die Sozialpolitik und hierbei ganz besonders die Rentenpolitik im



Fokus. Leider waren viele Gesetze der letzten Jahre unter sozialdemokratischer Beteiligung entweder nur Klientelpolitik, wie z.B. die Mütterrente oder die Rente mit 63, kosmetische Korrektur, wie z.B. die Umstellung der monatlichen Rentenzahlung von Beginn auf das Monatsende oder eine Politik für Minderheiten wie z.B. der Mindestlohn. Politik für die arbeitende Mitte der Gesellschaft fand jedoch kaum statt, im Gegenteil, gerade hier wurden soziale Leistungen gekürzt und Abstiegsängste befördert. Die Aufhebung der paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung und die Einführung von Zuzahlungen, die Streichung von Leistungen aus dem Katalog der Krankenkassen, die Absenkung des Rentenniveaus oder die Einführung von Abschlägen bei Renten wegen Erwerbsminderung, die Forderung selbst für das Alter vorzusorgen und damit die Arbeitgeberseite aus der Verpflichtung herauszunehmen, die weitere Finanzierung der Sozialversicherung durch Arbeitseinkommen ohne Kapital und Vermögen heranzuziehen und die Weigerung letzteres stärker zu besteuern, sind Beispiele dafür.

Eine solche Politik fördert jedoch nicht das Vertrauen der Bevölkerung in die staatlichen Institutionen, sondern nährt den Zweifel daran, ob es jene Institutionen noch länger vermögen, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit zu gewährleisten. Dieser Zweifel ist es jedoch, der über kurz oder lang eine Gefahr für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und den Fortbestand unserer Demokratie darstellt.

Den Fokus des politischen Handelns auf diejenigen zu legen, die mit ihrer alltäglichen Arbeit dazu beitragen, dass wir umverteilen können, bedeutet jedoch keineswegs jene aus den Augen zu verlieren, die von persönlichen und unverschuldeten Schicksalsschlägen gezeichnet sind. Jenen Menschen eine Stimme zu geben und damit „Anwalt der kleinen Leute“ zu sein, ist für mich eine Selbstverständlichkeit.

Neben der bundesweiten Politik ist mir aber auch die Politik vor Ort in unserem Landkreis wichtig. Einen Schwerpunkt sehe ich hierbei vor allem in den Bereichen Verkehr und Ernährung.

Viele von uns, die mit dem Auto unterwegs sind, können davon berichten, dass der Verkehr in den

letzten Jahren zugenommen hat und keine ernsthaften Versuche von Seiten der Politik unternommen wurden um hier nachhaltige Lösungskonzepte zu entwickeln. Hier stehen den Losungen vermehrt auf Bus und Bahn zu setzen, steigende Preise und Verspätungen sowie Ausfälle entgegen. Ich will mich daher für eine stärkere Subventionierung, Ausweitung und Modernisierung des öffentlichen Nahverkehrs sowie verstärkten Investitionen in das autonome Fahren sowie in die Elektromobilität einsetzen.

Wenn wir von den Bedingungen an deutschen Schlachthöfen oder Mastbetrieben hören oder wieder ein Lebensmittelskandal aufgedeckt wird, dann sind wir zu Recht empört und fordern schnellstmögliche Aufklärung. Gleichzeitig erwarten aber viele Menschen in den Supermärkten günstige Butter, günstige Milch und vor allem täglich günstiges Fleisch. Neben einer nicht artgerechten Haltung nehmen wir dadurch aber auch die bisher unkontrollierte Verwendung von Antibiotika und damit einhergehender Resistenzen in Kauf. Unser Landkreis ist von der Landwirtschaft geprägt, dieses Potential für eine nachhaltige und gesunde Ernährung müssen wir ausschöpfen.

Ich bin davon überzeugt, dass wir uns wieder stärker in die gesellschaftliche Diskussion darüber einbringen müssen, wie wir in Zukunft leben wollen und wie unsere Zukunft aussehen soll. Dazu müssen wir aber auch in wirtschaftlicher Hinsicht neue Konzepte entwickeln, denn das kapitalistische Wirtschaftssystem war in der Vergangenheit durchaus dynamisch und schuf bisher nie gekanntem Wohlstand, stößt aber nun zunehmend an seine Grenzen.

In sozialpolitischer Hinsicht muss es unser ständiges Ideal sein, eine gerechte, gleiche und freie Gesellschaft zu erreichen, und darüber zu streiten, was wir unter gerecht, gleich und frei verstehen.

Für dieses Ziel und unseren Landkreis möchte ich kämpfen und bitte um Ihre Stimme.

Ihr Patrick Diebold

Darum SPD wählen

Die richtige Wahl treffen: 5 Gründe, SPD zu wählen.

1. Weil es ohne uns keine Gerechtigkeit gibt. Das war bisher so: Den Mindestlohn, die Mietpreisbremse und die Frauenquote hat die SPD durchgesetzt. Das wird in Zukunft auch so sein: In der Bildung, am Arbeitsmarkt, bei der Rente und bei Steuern und Abgaben. Wer Gerechtigkeit will, muss SPD wählen.

2. Weil wir die Konzepte für die Zukunft haben. Wir haben ein Konzept für eine verlässliche Rente, die Union hat keines. Unser Steuer- und Abgabekonzept sorgt dafür, dass Familien und die hart arbeitende Mitte entlastet werden. Und auch Arbeit braucht Regeln. Wir sorgen für gerechte Löhne und für Sicherheit im Job.

3. Weil die unruhigen Zeiten mehr als nur ein „Weiter-so“ verlangen. Die Union will nur verwalten, die SPD will gestalten. Eine bessere Zukunft für die Menschen kommt nicht von selbst. Da muss jeder und jede mitmachen. Und am 24. September die SPD wählen.

4. Weil wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in die Bildung investieren – in Kitas, in Schulen, in Hochschulen und in ein besseres BAföG. Weil jedes Kind gleich viel wert ist und die beste Bildung verdient hat. Unsere Kinder sind unsere Zukunft.

5. Weil wir unsere Zukunft in einem starken Europa sehen. Ein Europa, in dem alle Mitglieder die gleichen Werte teilen und Vielfalt und Offenheit uns gemeinsam stark machen. In dem wir miteinander solidarisch sind und gemeinsam Probleme lösen statt aufschieben. Die EU bedeutet Frieden und Freiheit, heute und vor allem auch in Zukunft.

Familien konkret entlasten

Familienarbeitszeit (für Eltern von Kindern bis 8 Jahre und für die Pflege von Angehörigen)

- Arbeitszeit reduzieren: Das Recht, 24 Monate lang 26 bis 36 Wochenstunden zu arbeiten
- 300 Euro vom Staat: Jeder Elternteil bzw. zwei betreuende Angehörige bekommen jeweils 150 Euro monatlich

Betreuung:

- Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kita- und Grundschul Kinder

Entlastungen:

- Kita-Gebühren werden abgeschafft
- Familien werden mit dem Kinderbonus bei der Steuer entlastet





„Europa ist noch längst nicht perfekt. Aber es lohnt sich, daran zu arbeiten!“

Interview mit Martin Schulz

„Würselen und Brüssel waren eine gute Schule“

Er wollte Fußballer werden. Doch er wurde Bürgermeister, später Präsident des EU -Parlaments. SPD Kanzlerkandidat Martin Schulz übers Kämpfen, über Europa und über Deutschland im Jahr 2023.

Herr Schulz, was haben Buletten mit dem Friedensnobelpreis zu tun?

Das ist eine persönliche Erinnerung an einen außergewöhnlichen Tag im Dezember 2012. Ich war Präsident des Europäischen Parlaments und nahm für die Europäische Union den Friedensnobelpreis in Oslo entgegen. Mit dabei waren auch die damaligen Chefs der EU-Kommission, Barroso, und des EU-Rats, van Rompoy. Europa wurde als weltweit einzigartiges Friedensprojekt gewürdigt – zu Recht, wie ich finde. Später fragte ich meine Frau, ob sie sich die Zeremonie im Fernsehen angesehen habe. Es sei ja ganz schön gewesen, sagte sie – aber weil es so lange gedauert hatte, seien ihr die Buletten in der Küche verbrannt! Aber im Ernst: Europa ist großartig – wie nach Jahrhunderten der Feindschaft aus Nachbarn Partner und schließlich

Freunde geworden sind. Wie uns die Einigung Sicherheit gebracht hat – und Wohlstand.

... Dabei hat Ihr Großvater im 1. Weltkrieg noch gegen seinen Cousin gekämpft.

Ja, weil sie auf verschiedenen Seiten der Grenze aufgewachsen sind – und dann gegeneinander in einen mörderischen, unmenschlichen Krieg ziehen mussten. Und später ging es weiter: Meine Eltern haben 1940 kurz vor der Einberufung meines Vaters noch geheiratet – damit meine Mutter zumindest eine Witwenrente bekommen hätte, wenn er gefallen wäre. Mein Vater hat schließlich überlebt. Die Generation meiner Eltern baute dann nicht nur das eigene Land wieder auf, sondern legte auch den Grundstein für die friedliche Einigung. In Deutschland ebenso wie in Frankreich, Großbritannien, Belgien, den



Niederlanden und in vielen anderen Ländern – eine enorme Leistung! Und jetzt? Nie zuvor hatten wir in Europa so lange Frieden! Und gerade in der heutigen Zeit sehen wir auch, dass es nicht nur um den Frieden in Europa geht, sondern auch um unsere gemeinsame Sicherheit in einer unruhig gewordenen Welt. Es geht darum, dass wir eine starke Stimme haben, die international gehört wird. Es geht um unsere Freiheit, um unsere Werte. Ich weiß sehr gut: Europa ist noch längst nicht perfekt. Aber es lohnt sich, daran zu arbeiten!

Als junger Mann wollten Sie Profifußballer werden. Welche Position haben Sie gespielt?

Ich war Linksverteidiger bei der SV Rhenania. In der B-Jugend wurde ich 1972 mit dem Club westdeutscher Vizemeister. Und natürlich träumte ich von der Profikarriere – bis zu einer schweren Knieverletzung, dann war Schluss. Ein bitteres Ereignis in jungen Jahren, das mich erst mal mächtig aus der Bahn geworfen hatte. Heute bin ich dankbar für die Erfahrung: wieder aufstehen und neue Ziele verfolgen, zu sehen, dass Freunde und Familie an meiner Seite waren. Ich habe gelernt: Kämpfen lohnt sich!

Würselen, Brüssel, Berlin. Wie passt das zusammen?

In meiner Heimatstadt Würselen war ich elf Jahre Bürgermeister – mit 31 Jahren damals der jüngste in Nordrhein-Westfalen. Als Bürgermeister bekommt man einfach alles auf den Tisch: Man weiß, was beim Arbeitsamt los ist, bei der Polizei, beim Jugend- und Sozialamt, in den Schulen, Altenheimen, bei Mittelständlern, kleinen Ladenbesitzern, in den Sportvereinen. Das ist Politik hautnah! Später, als Präsident des

Europäischen Parlaments in Brüssel, begegneten mir viele dieser Themen wieder – aber die Perspektive war eben eine andere. Wichtig ist beides: die großen Zusammenhänge und der genaue Blick für das Detail, für das Leben jedes einzelnen Menschen. Würselen und Brüssel waren eine gute Schule für das Kanzleramt in Berlin! (Lacht)

Dann werfen wir einen Blick in die Zukunft, sagen wir, ins Jahr 2023. Wie sieht Deutschland in der zweiten Amtszeit von Bundeskanzler Martin Schulz aus?

Ein Land, das zusammenhält, in dem wir gemeinsam weiterkommen. Nicht gegen-, sondern miteinander! Wir werden wirtschaftlich stark sein und nähern uns der Vollbeschäftigung mit guter Arbeit und guten Löhnen. Der Wohlstand wird mehr Menschen erreichen, die Lücke zwischen Arm und Reich schließt sich wieder. Das Vertrauen in die gesetzliche Rente ist wieder da und kräftige Investitionen in Bildung rücken ein neues Ziel in den Mittelpunkt: Wir wollen die besten Schulen in Europa! Familien werden viel besser selbst entscheiden können, wie sie leben wollen. Frauen bekommen endlich den gleichen Lohn wie ihre männlichen Kollegen – überall! Und Europa ist auf dem Weg für einen weiteren wichtigen Schritt nach vorn: mit konkreten Vorschlägen, wo wir enger zusammenarbeiten – und was wir besser selbstständig vor Ort entscheiden können. Das alles können wir schaffen, wenn wir es wollen. Und wenn wir Mut haben – und Lust auf morgen!

Quelle: SPD Parteivorstand



Mehr Zeit für Familie – auch nach den Ferien

Was fehlt Familien in Deutschland? Zeit oder Geld – oft auch beides. Die SPD will es leichter machen, sich um seine Liebsten zu kümmern. Schließlich ist es das, was Familie ausmacht.

Wenn mittags noch alle im Pyjama sind. Wenn Mama und Papa mal ein Buch auslesen können und trotzdem noch mit den Kindern Eis essen gehen. Wenn morgens schon die Badetasche gepackt wird. Dann ist Urlaub. Doch auch die schönsten Ferien sind irgendwann vorbei. Und dann heißt es wieder jonglieren: Rechtzeitig bei der Arbeit sein und davor noch die Kinder in Kita oder Schule bringen. Später wieder abholen, einkaufen, bei den Hausaufgaben helfen oder auf den Spielplatz gehen. E-Mails beantworten, Amtswege erledigen, sich um die kranken Eltern kümmern. Wann hat man eigentlich das letzte Mal die beste Freundin zum Kaffee getroffen? Und der letzte Kinoabend als Paar, wann war der noch mal?



„Kunst ist schön, macht aber viel Arbeit“, hat der Komiker Karl Valentin einmal gesagt. Familie ist auch schön, macht aber auch viel Arbeit. Gerade wenn die Kinder klein sind oder die eigenen Eltern alt werden, müsste der Tag mehr als 24 Stunden haben, um alles zu schaffen. Nimmt man sich die Zeit, fehlt oft das Geld. An diesem Punkt will die SPD Familien entlasten: mit der Familienarbeitszeit. Künftig soll es das Recht geben, weniger zu arbeiten, um mehr Zeit für die Familie zu haben. Einen Teil des Lohnausfalls – genau gesagt 300 Euro – fängt der Staat ab. Damit niemand mehr die ersten Schritte des eigenen Kindes verpasst oder die erste

Schultheateraufführung. Damit man Zeit hat, wenn die eigenen Eltern alt und pflegebedürftig geworden sind.

„Für mich ist Familie dort, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen – von der klassischen Ehe zwischen Mann und Frau, über den alleinerziehenden Vater bis zum lesbischen Paar“, sagt SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz. Es ist Zeit, sie zu entlasten. Die Familienarbeitszeit ist

nur eine Maßnahme. Die SPD will auch den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kita- und Schulkinder durchsetzen. So lernen und spielen Kinder zusammen, während ihre Eltern arbeiten. Danach müssen keine Hausaufgaben mehr erledigt

werden, sondern es ist Zeit fürs gemeinsame Essen oder den Videoabend. Die Kita-Gebühren werden schrittweise abgeschafft. Denn Familie kostet Geld und wenn vom verdienten Lohn mehr übrig bleibt, hilft das schon viel. Aus diesem Grund sollen Familien mit dem Kinderbonus künftig steuerlich entlastet werden. Die nächsten Ferien kommen bestimmt, samt Eis zum Frühstück und Ausflug zum Badesee. Doch die SPD will dafür sorgen, dass Familien auch Zeit füreinander haben wenn die Ferien vorbei sind.

Quelle: SPD Parteivorstand

Warum bleiben SPD-Anträge im Gemeinderat in der Endlosschleife?

Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Weingartener Gemeinderat Wolfgang Wehowsky hat das Wort

Wir haben uns im Gemeinderat während der ersten Amtsperiode von Bürgermeister Eric Bänziger ein anspruchsvolles Arbeits- und Investitionsprogramm aufgeladen, durch das eine wesentlich höhere Verschuldung der Gemeinde nicht zu vermeiden ist. Aber es gibt eben Verkehrsbauwerke, wie Straßen und deren Unterbau (Wasser- und Abwasserleitungen etc.), deren Sanierung keinen weiteren Aufschub duldet. Manche Projekte, die von uns auf den Weg gebracht worden sind, könnten längst abgehakt sein, aber dann kommen plötzlich unerwartete Entwicklungen, die manches wieder auf Anfang oder vielleicht nur unter ein Stopp-Schild stellen. Ein besonderes Beispiel ist dafür die wichtige Investitionsmaßnahme „mittendrin leben“ von Hoepfner Invest. Geplant sind barrierefreies Wohnen und ein Seniorenzentrum in der Ortsmitte. Eigentlich sollte sich dieses Projekt schon im Bau befinden, aber unvorhergesehene Entwicklungen, wie z. B. Probleme bei den Vertragsverhandlungen zwischen Bauträger und Seniorenzentrum haben zu erheblichen Verzögerungen geführt. Und so warten wir heute immer noch auf die Bagger, die das kontaminierte Erdreich der alten Schwaab-Produktionsstätte ausheben und endgültig beseitigen.

Damit zusammenhängend schauen wir mit etwas Sorge auf die mit großer Mehrheit beschlossene Nahwärmeversorgung im Ortskern, denn darin ist auch „mittendrin leben“ als fester Abnehmer

eingepplant. Die im Sanierungsgebiet geplante regenerative Energieversorgung erhält eine erhebliche Förderung aus dem Landesförderprogramm „Klimaschutz mit System“. Hier bleibt nur zu hoffen, dass beide Vorhaben gelingen werden.

Mit Arbeit vollständig eingedeckt ist das Bauamt, das mit einer Vielzahl von Projekten aus der Bauentwicklung bzw. der Umsetzung



verschiedener Sanierungsmaßnahmen u. a. in der Burgstraße und in der Jöhlinger Straße zu tun hat. Im Hauptamt war bislang einer der Schwerpunkte im Aufgabenportfolio der Unterbringung der Flüchtlinge und ihrer Integration gewidmet. Dennoch verwundert allgemein, dass Anträge unserer Fraktion – trotz Zustimmung im Gemeinderat – monatelang auf ihre Verwirklichung warten

müssen. Dabei bräuchte man ja das Rad nicht neu erfinden, denn es gibt mehrere Gemeinden im Landkreis, die hierzu bereits über Erfahrungen verfügen.

Um was geht es konkret? Nennen wir als erstes Beispiel unseren Antrag zur Beschaffung von Defibrillatoren für Gemeindeeinrichtungen vom Dezember 2014 (!) – eine wichtige Präventivmaßnahme gegen den plötzlich auftretenden Herztod durch Kammerflimmern. Angeblich waren hier bislang umfangreiche Abstimmungen, u. a. mit dem DRK, notwendig. Dafür sind jetzt aber mehr als zwei Jahre verstrichen und das sollte genügen. Dass es auch

viel schneller geht, beweist die FVgg Weingarten, die sich erst um Spendengelder bemühen musste bevor sie jetzt einen Defibrillator für den Sportbetrieb anschaffen konnten. Wir hoffen, dass unser Antrag für Rathaus, Schulturnhalle und Walzbachhalle seinen 3. Geburtstag nicht unvollendet erleben muss.

Das zweite Beispiel betrifft unseren Antrag auf Ergänzung des Kinderpasses für einkommensschwache Familien um einen Seniorenpass. Die Stadt Karlsruhe bezeichnet dieses Angebot zusammenfassend als Familienpass. Dieser würde ermäßigten Eintritt in den Karlsruher Zoo, die Städt. Frei- und Hallenbäder sowie die Nutzung zahlreicher kultureller Angebote bedeuten. Berechtigt für diesen Ausweis wären Senioren mit Renten- und sonstigen Einkünften bis zum

Grundsicherungsniveau. Entsprechende Anregungen aus der Mitte des Ortsseniorenrates und der AWO Weingarten waren mit ausschlaggebend für unsere Initiative vom Februar 2016. Nach positiver Beratung im Verwaltungsausschuss sollten die laufenden Gespräche mit der KVV wegen einer Fahrpreisermäßigung abgewartet werden. Dies scheint sich aber schwierig zu gestalten. Deshalb haben andere Kommunen im Landkreis den Familienpass zunächst ohne Fahrpreisermäßigung eingeführt. Worauf warten wir also in Weingarten? In der Turmberg Rundschau wurde kürzlich die Neuauflage des Seniorenwegweisers vorgestellt. In diese Präsentation hätte sich auch die Einführung eines Seniorenpasses bestens eingefügt. Dazu müssten aber rechtzeitig die richtigen Ziele seitens der Verwaltung gesetzt werden!

Sanierung der Jöhlinger Straße

Die Jöhlinger Straße soll „komplett“ saniert werden. Zum Einen geht es um die Erneuerung des Fahrbahnbelages, Andererseits sollen die Abwasserkanäle erneuert werden und eine flächendeckende Breitbandversorgung erfolgen. Weiterhin sollen die Hauptwasserleitung neu verlegt sowie die Frischwasserleitung und die Hausanschlüsse erneuert werden. Aus diesem Grund wird die Straße über eine längere Zeit zur Baustelle. Genauer gesagt; es wird drei Bauabschnitte geben, ab 2018 soll jährlich ein Bauabschnitt erledigt werden.

Grund genug, um sich über diese Straße einige Gedanken zu machen.

Wichtig für die SPD ist die Erfüllung folgender Forderungen der Anwohner:

- Lärmreduzierung durch ein durchgängiges Tempo 30,
- Gehweg mit mindestens 1,50 Meter Breite auf einer Straßenseite,
- Stationäre Geschwindigkeitskontrolle an mindestens 2 Straßenabschnitten,

- Kein Parken an der Straße, dafür aber ein abgestimmtes Parkraumkonzept,
- Querungsmöglichkeiten für Fußgänger schaffen.

Auch die Jöhlinger Straße hat eine Geschichte. Als sie entstand, gab es noch keinen Benzinmotor und keine Kraftfahrzeuge. Wer in der Ortschronik oder im Ortssippenbuch auf die Suche geht, findet schnell heraus, dass sie die Kernstraße im sich östlich der heutigen B3 entwickelnden Ort war. Mehr als 400 Jahre ist sie sicher schon alt und hat in ihrer Geschichte schon einiges erlebt. In der Zeit, die wir noch einigermaßen überblicken können – also nach dem zweiten Weltkrieg – gab es in den Siebzigerjahren den Ausbau der L559 zwischen Weingarten und Jöhlingen. Dadurch hat die Verkehrsbelastung der Jöhlinger Straße stark zugenommen. Ganz neue offizielle Zahlen zur Verkehrsbelastung sind nicht verfügbar. Natürlich hat das mit der Entwurfsplanung beauftragte Ingenieurbüro eine eigene Verkehrszählung vornehmen lassen; sie ergab eine durchschnittliche tägliche Belastung der Jöhlinger

Straße mit 7.500 Fahrzeugen. Zum Vergleich die Ergebnisse früherer amtsbekannter Verkehrszählungen:

1980: 4.000,
1987: 6.300,
1995/96: 10.700
Fahrzeuge.

Wie schon erwähnt, soll die Jöhlinger Straße in drei Bauabschnitten saniert werden. Sicher kein Zuckerschlecken für die Anwohner in und nahe der Jöhlinger Straße.

Und auch viele regelmäßige Autofahrer, die diese Straße als Durchfahrt nutzen, werden Umleitungen und Ausweichstrecken in Ost- West-Richtung in Anspruch nehmen müssen. Auch Schleichwege werden wieder ihre Nutzer finden. Wir können heute schon vorhersagen, dass es gleichzeitig auch noch andere Straßenbaumaßnahmen in und um Weingarten geben wird. Die Sanierung der Burgstraße gehört ebenfalls dazu, wie später auch Silcher- und Paulustraße. Damit zusammenhängend erinnern wir an den Antrag der SPD-Fraktion im Gemeinderat, der verlangt, dass Straßenbaumaßnahmen auf einander abgestimmt sein müssen.



Nun noch einmal zu den Umleitungen. Es wird Umleitungen auf unserer Gemarkung geben, offizielle und andere, beispielsweise über Kirchberg, Mauertal, Bittberg oder andere im Süden bzw. Osten der Gemeinde; vielleicht auch mehr nördlich über Katzenberg usw. in Richtung Sohl und Sallenbusch. Weitere Umfahrungen werden die B3 und die Straße

über Unter- und Obergrombach in Anspruch nehmen; nicht zu vergessen die Strecke über B3, B10 ab Grötzingen und nach Berghausen usw.

Wir erwarten, dass es nach der Entscheidung im Gemeinderat einen öffentlich zugänglichen Durchführungsplan gibt mit Bauabschnitten, zugehörigen Ausführungszeiten und den jeweils offiziellen Umleitungsstrecken.

Claus Günther



Bürgermeisterwahl 2018

Amtszeit von Bürgermeister Bänziger endet – wie geht es weiter?
Erwartungen von Partei und Fraktion

Im März 2018 endet die Amtszeit unseres Bürgermeisters Eric Bänziger. Er hat rechtzeitig zu erkennen gegeben, dass er eine zweite Amtszeit anstreben möchte.

Erinnern wir uns zurück. Bei seiner ersten Bewerbung 2010 war es ihm in kurzer Zeit gelungen, CDU, SPD, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP und FW davon zu überzeugen, dass er als ihr gemeinsamer Kandidat ins Rennen gehen kann. Die Weingartener Bürgerbewegung (WBB) stellte seinerzeit einen eigenen Kandidaten auf, der die Wahl gegen Eric Bänziger erwartungsgemäß deutlich verlor und anschließend nach dem späteren Gewinn einer Bürgermeisterwahl bei einer kleinen südbadischen Gemeinde weniger erfreuliche Schlagzeilen in der regionalen Medienlandschaft produzierte.

Für die kommende Wahl wird von Interesse sein, wer sich aus der Koalition von 2010 für eine Wiederwahl von Eric Bänziger ausspricht und ob sich dazu nun auch die WBB gesellt. Noch sind bei der SPD keine Entscheidungen in Partei und Fraktion gefallen. Mit – gewissen Abstrichen – überwiegt die Zufriedenheit mit der bisherigen ausgewogenen Amtsführung Eric Bänzigers. Ein Votum für seine Person ist sicherlich auch von dem weiteren Kandidatenkreis abhängig, den wir heute naturgemäß noch nicht kennen. Eine Ausschreibung der Bürgermeister-Stelle soll erst gegen Jahresende erfolgen. Normalerweise hat hier der bisherige Amtsinhaber einige Pluspunkte, denn er kennt die Gemeinde und hat mit seinen Initiativen und Projekten die Entwicklung von Weingarten in den letzten 8 Jahren weitgehend mitbestimmt. Warum sollte er jetzt – da viele Dinge noch unvollendet geblieben sind bzw. sich in der Realisierungsphase befinden – aus seiner Verantwortung entlassen werden?



Aber so ganz ohne weitere Voraussetzungen möchte der SPD-Ortsverein ein künftiges Kandidatenkarussell für die Bürgermeisterwahl nicht vorbeiziehen lassen.

Die SPD hat an den künftigen Bürgermeister folgende Erwartungen:

- Gemeinsame Gestaltung der weiteren Entwicklung Weingartens und des Zusammenlebens aller Einwohner mit den Schwerpunkten Kinderbetreuung, Gemeinschaftsschule, Vereine und Senioren sowie soziale Angelegenheiten.
- Mittler zwischen Bürgern und Verwaltung sowie Koordinator zwischen unterschiedlichen Interessengruppen in der Bürgergesellschaft mit dem Ziel des Erreichens eines gemeinsamen Konsenses.
- Vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat.
- Führung eines kompetenten und loyalen Verwaltungsteams im Rathaus mit nachvollziehbaren, wirtschaftlich effizienten Ergebnissen.
- Ansiedlung emissionsarmer Gewerbebetriebe im neuen Gewerbegebiet „Sandfeld“.
- Sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung mit Blick auf eine Begrenzung der Schuldenentwicklung im Kernhaushalt. Vorhandene Möglichkeiten zum Abbau der Schulden haben absolute Priorität.

ansprech-BAR 2017

neues Konzept um näher bei den Bürgerinnen und Bürgern zu sein

Im März diesen Jahres überlegte unser Ortsverein wie man näher bei den Bürgerinnen und Bürgern sein könnte, um diesen eine Möglichkeit zu geben ihre Fragen und Anregungen an uns als Ortsverein zu adressieren. Aus der Diskussion heraus entstand die Idee der „SPD ansprech-BAR“, die auch schon kurze Zeit später an den Start gehen konnte. Seit dem Frühjahr wurde an acht verschiedenen Orten die BAR aufgestellt und die unmittelbar um diesen Ort wohnenden Bürgerinnen und Bürger wurden zusätzlich per Flyer darauf hingewiesen.



Die Möglichkeit der direkten Ansprache wurde von vielen Weingartenern genutzt und viele verschiedene Themen an den Ortsverein herangetragen.

Folgende Themen aus der Bevölkerung werden aktuell stark diskutiert bzw. stellen Wünsche dar:

1. Bei den Einkaufsmärkten am Ortsrand und an weiteren noch zu prüfenden Standorten sollen Schnellladestationen für E-Kraftfahrzeuge und E-Bikes installiert werden.
2. Zur vorgesehenen Sanierung der Jöhlinger Straße sind folgende Schwerpunkte hervorgehoben worden:
 - Künftige Verkehrsführung nur noch mit 30 KM/h zur Lärmreduzierung und Verringerung der Umweltbelastung,
 - Eingeschränktes Halteverbot zum Ein- und Ausladen von Materialien zulassen,
 - Stationäre Geschwindigkeitsmesser an mindestens zwei unterschiedlichen Straßenbereichen,
 - Verbreiterung des Gehweges auf der Südseite zur Verbesserung der Sicherheit für Kinder und Menschen mit Behinderungen bzw..speziellen Handicaps.
3. Verbesserung des Verkehrsflusses und der Verkehrssicherheit am Friedhof , Richtung Steigweg durch Ausweisung eines einseitigen Halteverbotes – Bergseite - (Ausnahme Zeitdauer von Beerdigungen bzw. Trauerfeiern),
4. Einrichtung von Bedarfshaltestellen auf der Setz (z. B. Ruländerweg, Burgunderweg), die der KVV-Bus bei seiner Anfahrt zur dortigen Haltestelle beim Friedhof problemlos bedienen könnte. Für ältere, gehbehinderte Anwohner wäre dies ein Vorteil, weil sie dann keine längeren Wegstrecken zurücklegen müssten.
5. Bau einer dm-Filiale neben REWE (ausdrücklicher Wunsch fast aller Besucher des Standes),
6. Spezielle Anträge der Bewohner der Waldbrücke: - Busanbindung und Briefkasten müssen unbedingt erhalten bleiben, - Straßen ohne Gehweg sollten als Spielstraßen ausgewiesen werden, - Wiederaufstellung des Geldautomaten der Volksbank nachdrücklich gewünscht, - Lidl-Filiale sollte am bisherigen Standort verbleiben, - Ampelüberwachung und

Geschwindigkeitsmessung auf der Kreisstraße in Höhe der Zufahrt zur Waldbrücke (hier fallen insbesondere LKW's und Motorradfahrer negativ auf).

7. Einrichtung eines Pollers am Übergang von Stettiner Straße zum Kraichbachweg, um Ausweich- bzw. Schleichverkehr zu vermeiden. Nach Aussage von Anwohnern des Baugebietes Moorblick ist ihnen diese Verkehrsberuhigung von der Verwaltung vor Erwerb der Bauplätze zugesagt worden.



Wir möchten uns an dieser Stelle dafür bedanken, dass viele von Ihnen die Gelegenheit genutzt haben um in den Austausch und die politische Diskussion mit uns zu treten. Wir werden die aufgeführten Themen, dort wo es möglich ist, als Anträge in den Gemeinderat einbringen um sie zur Entscheidung zu stellen.

Unsere ansprech-BAR werden wir im Rahmen der bevorstehenden Bundestagswahl am 16. & 23.09. vor dem nahkauf in der Bahnhofstraße aufstellen. Auch 2018 werden wir wieder an verschiedenen Stellen unsere BAR aufstellen und freuen uns auf Sie!

Uwe Presler – Vorsitzender der SPD Weingarten

Bundestagswahl am 24. September



Impressum:

Herausgeber: SPD-Ortsverein Weingarten
Redaktion: Wolfgang Wehowsky, Uwe Presler
Redaktionsanschrift: Uwe Presler, Ricarda-Huch-Str. 11

www.spd-weingarten-baden.de
www.facebook.com/SPDWeingartenBaden/

Für namentlich gekennzeichnete Artikel sind die Autoren verantwortlich.

Copyright Text und Bild liegt beim Ortsverein sowie der SPD Deutschland,

*Foto Jöhlinger Straße: Marianne Lothar, Weingarten
SPD-Weingarten-Baden*